

**A N F R A G E** von Nicola Yuste (SP, Zürich), Andreas Daurù (SP, Winterthur)

betreffend Kantonale Strategie zur Wohnungsversorgung und Obdachlosigkeit

---

Gemäss einer Studie vom Februar 2022 der Hochschule für Soziale Arbeit Nordwestschweiz (FHNW) im Auftrag des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO) sind in der Schweiz schätzungsweise 2200 Personen obdachlos und 8000 von Wohnungsverlust bedroht. Obdachlosigkeit findet sich vor allem in Grossstädten und grösseren Agglomerationen statt, von denen es im Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen überdurchschnittlich viele gibt.

Die Studie zeigt, dass Verständnis und Strategien der Kantone im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit sehr unterschiedlich sind. Zwar anerkennen die an der Studie beteiligten Kantone und Gemeinden grundsätzlich die staatliche Verantwortung bei der Bekämpfung und Verhinderung von Obdachlosigkeit. Die wenigsten Kantone haben aber ein Gesamthilfesystem oder Leistungsfeld «Obdachlosigkeit» abgeleitet, was dazu führt, dass das Ausmass sowie die Struktur von Obdachlosigkeit und ihren Vorstufen nur unscharf bekannt ist. Vielerorts stehen die Massnahmen im Zusammenhang mit der Sozial- und Nothilfe, was voraussetzt, dass die betroffenen Personen bei der Sozialhilfe gemeldet sind.

Die Gemeinden sehen ihre Grenzen bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit und drohendem Wohnungsverlust: Der überwiegende Teil der Gemeinden verfügt über keine eigenen Unterbringungsmöglichkeiten; Kooperationen sind rar und die Unterstützung vonseiten der Kantone und des Bundes ist nicht gesichert. Zugleich formulieren die Kommunen Zugangskriterien zu ihren Hilfen und verursachen so selbst Ausschluss- und Wanderungsprozesse. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Kennt der Kanton die aktuellen Zahlen seiner obdachlosen und von Wohnungsverlust bedrohten Einwohnerinnen und Einwohner und wie hoch sind diese?
- 2) Wie haben sich diese Zahlen in den letzten Jahren verändert?
- 3) Gibt es im Kanton Zürich Potenzial, die Datenlage und das Monitoring zur Wohnraumversorgung verbessern? Bestehen hierzu Pläne?
- 4) Welches Amt ist beim Kanton Zürich für die Bekämpfung und Verhinderung von Obdachlosigkeit zuständig? Ist die Bekämpfung/Verhinderung von Obdachlosigkeit als eigenes Leistungsfeld definiert?
- 5) Wird Obdachlosigkeit auch jenseits der Strukturen der Sozial- und Notfallhilfe bekämpft, sodass auch Menschen, die die Zulassungskriterien der Sozialhilfe nicht erfüllen oder sich nicht melden, nicht durch die Maschen fallen?
- 6) Besteht im Kanton ein Gesamthilfesystem, das auf kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene die einzelnen Politikfelder verknüpft? Wenn nein, sieht der Regierungsrat hier Handlungsbedarf?
- 7) Besteht eine kantonale Strategie der Wohnraumversorgung mit Massnahmen zur Unterstützung des Zugangs zu Wohnraum für Menschen, die von Ausschlussprozessen auf dem Wohnungsmarkt betroffen sind?

- 8) Wie ist die Zuständigkeit des Kantons Zürich im Bereich Obdachlosigkeit in Abgrenzung zu Gemeinden und Bund definiert? Gibt es eine explizite gesetzliche Grundlage hierfür oder würde eine solche helfen, die Rollen und Kompetenzen der staatlichen Ebenen zu klären?

Nicola Yuste  
Andreas Daurù